

## Substanzielles Protokoll 150. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 5. April 2017, 17.00 Uhr bis 19.48 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Dr. David Garcia Nuñez (AL), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP), Peter Schick (SVP), Thomas Schwendener (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2017/59](#) \* Weisung vom 22.03.2017: STP  
Motion der SP-, FDP- und CVP-Fraktionen betreffend Kulturinstitutionen mit Subventionsverträgen über eine unbeschränkte Zeitdauer, Ergänzung der Verträge mit einer Bestimmung über eine Kürzung der Beiträge bei einem Bilanzfehlbetrag der Stadt, Bericht und Abschreibung
3. [2017/72](#) \* Weisung vom 29.03.2017: FV  
Liegenschaftsverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine Wohnsiedlung an der Obsthaldenstrasse, Quartier Affoltern, Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen, Übertragung der baurechtsbelasteten Grundstücke ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit
4. [2017/64](#) \* VIB  
E Postulat von Roger Tognella (FDP) und Pablo Bünger (FDP) vom 22.03.2017:  
Rahmenkredit für die Umsetzung von Stromspeichersystemen im Versorgungsnetz des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich
5. [2017/56](#) \* VHB  
\*\* Interpellation der AL-Fraktion vom 15.03.2017:  
Strategie für die Weiterentwicklung von drei SBB-Arealen entlang der Bahngleise in Aussersihl und Altstetten, Angaben zum Zeitpunkt und Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, zu den städtischen Leistungen im Planungsprozess sowie zur vorgesehenen Mehrwertausgleichs-Regelung und den Kostenbeteiligungen der Grundeigentümer

- |     |                          |   |  |            |
|-----|--------------------------|---|--|------------|
| 6.  | <a href="#">2016/333</a> |   | Weisung vom 05.10.2016:<br>Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Industriequartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Erhöhung Projektierungskredit, Mietverlängerung für Standort Zeughausstrasse 31   | VHB<br>VSI |
| 7.  | <a href="#">2017/65</a>  | E | Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Guy Kraysenbühl (GLP) vom 22.03.2017:<br>Umzug der Kantonspolizei ins neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Bericht über die räumlichen Auswirkungen und Umzugskosten bezüglich der gemeinsam mit der Stadtpolizei genutzten Polizeiinfrastruktur und den Strategieentwicklungen | VSI        |
| 8.  | <a href="#">2017/66</a>  | A | Postulat von Guy Kraysenbühl (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 22.03.2017:<br>Zusammenschluss der Abteilungen der Stadt- und Kantonspolizei im Bereich der digitalen Forensik  | VSI        |
| 9.  | <a href="#">2017/67</a>  | E | Postulat der AL-Fraktion vom 22.03.2017:<br>Standort- und Raumbedarfsstrategie der Stadtpolizei, Prüfung von Alternativen zum Standort an der Förrlibuckstrasse  | VHB        |
| 11. | <a href="#">2016/379</a> | A | Postulat von Dorothea Frei (SP), Heinz Schatt (SVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2016:<br>Parkplätze im Bereich Winterthurer-/Bocklern/Hüttenkopfstrasse in Schwamendingen, Beibehaltung des bestehenden Parkplatzregimes   | VSI        |
| 12. | <a href="#">2016/388</a> | A | Postulat von Pascal Lamprecht (SP), Linda Bär (SP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 09.11.2016:<br>Abbruch des Projekts zur Einführung der Bodycams bei der Stadtpolizei   | VSI        |
| 13. | <a href="#">2016/390</a> | A | Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 09.11.2016:<br>Bewilligungsverfahren für Geschäfte und Durchsetzung von Verkehrs- und Parkierungsvorschriften, keine Bevorzugung für Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund   | VSI        |
| 15. | <a href="#">2016/462</a> | A | Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 21.12.2016:<br>Verminderung des Suchverkehrs in der Blauen Zone durch Ausweitung der Geltungsbereiche der Parkkarten in die angrenzenden Stadtkreise  | VSI        |
| 16. | <a href="#">2016/470</a> | A | Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2016:<br>Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebiets   | VSI        |

\* Keine materielle Behandlung

## **Mitteilungen**

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## **Geschäfte**

**2820. 2017/59**

**Weisung vom 22.03.2017:**

**Motion der SP-, FDP- und CVP-Fraktionen betreffend Kulturinstitutionen mit Subventionsverträgen über eine unbeschränkte Zeitdauer, Ergänzung der Verträge mit einer Bestimmung über eine Kürzung der Beiträge bei einem Bilanzfehlbetrag der Stadt, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 3. April 2017

**2821. 2017/72**

**Weisung vom 29.03.2017:**

**Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine Wohnsiedlung an der Obsthaldenstrasse, Quartier Affoltern, Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen, Übertragung der baurechtsbelasteten Grundstücke ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 3. April 2017

**2822. 2017/64**

**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Pablo Büniger (FDP) vom 22.03.2017:**

**Rahmenkredit für die Umsetzung von Stromspeichersystemen im Versorgungsnetz des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2823. 2017/56**

**Interpellation der AL-Fraktion vom 15.03.2017:**

**Strategie für die Weiterentwicklung von drei SBB-Arealen entlang der Bahngleise in Aussersihl und Altstetten, Angaben zum Zeitpunkt und Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, zu den städtischen Leistungen im Planungsprozess sowie zur vorgesehenen Mehrwertausgleichs-Regelung und den Kostenbeteiligungen der Grundeigentümer**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 29. März 2017 (vergleiche Beschluss-Nr. 2797/2017)

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**2824. 2016/333**

**Weisung vom 05.10.2016:**

**Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Industriequartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Erhöhung Projektierungskredit, Mietverlängerung für Standort Zeughausstrasse 31**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg (Kat.-Nr. IQ6385), Industriequartier, wird der vom Stadtrat am 5. Oktober 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 6 750 000.– auf Fr. 8 500 000.– erhöht.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Eigentümergemeinschaft die Vertragsverlängerung über Büro-, Lager-, Garagen- und Nebenräume sowie Parkplätze an der Zeughausstrasse 31, 8004 Zürich, über fünf Jahre, d. h. vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 1 395 192.– abzuschliessen (die Nebenkosten werden von der IMMO direkt beglichen). Immobilien Stadt Zürich hat das einseitige Recht, das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren auf jedes Quartalsende, erstmals auf den 30. Juni 2022, zu kündigen. Die Miete ist indexiert und kann periodisch an die Änderungen des Landesindex der Konsumentenpreise zu 100 Prozent angepasst werden (Unterschreitung des Mietzinses ausgeschlossen).

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** *In einer stetig wachsenden Stadt bleiben die Aufgaben für die Polizei dieselben. Die Polizei muss allzeit bereit sein, sie muss jederzeit am richtigen Ort präsent sein. Dieser Herausforderung hat sich die Stadtpolizei gestellt. Sie hat eine Standortstrategie entwickelt, die Kriminalabteilung am Mühleweg ist Bestandteil dieser Standortstrategie. Es sind verschiedene Stützpunkte vorgesehen. Einer ist der Stützpunkt West an der Förrlibuckstrasse, dann gibt es den Stützpunkt Nord im Airgate, es gibt einen Stützpunkt City bei den Amtshäusern und schliesslich die Kriminalabteilung am Mühleweg. Am Mühleweg laufen sich Hipster aus der ZHDK, Clubbesucher aus dem Balkan und Quartierbewohner abends über den Weg. Dort soll nun für ungefähr 85 Millionen Franken ein Gebäude mit sieben Stockwerken für die Kriminalpolizei entstehen. Bislang ist die Kriminalpolizei auf acht verschiedene Standorte verteilt, so zum Beispiel*

*in Aussersihl oder im Globusprovisorium. Diese Fragmentierung ist aufwändig, teuer und für die Stadtpolizei ungünstig. Bei gewissen Mietobjekten ist die Verlängerung des Mietvertrags nicht möglich. Es muss somit zwingend eine Lösung gefunden werden. Die heutige Nutzfläche beläuft sich auf ungefähr 6300 Quadratmeter, neu soll eine Nutzfläche von 7500 Quadratmetern entstehen. Im neuen Gebäude sollen die Kriminalpolizei und die Cyberkriminalologie Räumlichkeiten erhalten und es sollen dort Festhaltezellen entstehen. Darin können Chaoten festgehalten werden. Den Vertretern der Kriminalpolizei wurden von der Kommission viele Fragen gestellt. Diese wurden geduldig und detailliert beantwortet. Wir haben beispielsweise gefragt, ob die Integration in einen der anderen Stützpunkte nicht möglich sei, was leider nicht der Fall ist. Wir haben lange über Synergien gesprochen. Auch hier wurde uns ausführlich und plausibel erklärt, dass Synergien bereits ausgiebig genutzt werden. Der Bau ist notwendig.*

Kommissionsminderheit:

**Gabriele Kisker (Grüne):** *Wir wollen, dass der Bau des Gebäudes am Mühleweg erst umgesetzt wird, wenn eine Gesamtplanung des Hauptstandorts West vorliegt. Dazu benötigt es einen finanziellen Überblick und eine Planung, die dem städtebaulichen Anspruch in diesem Quartier gerecht wird. Spätestens 2011 nach der Abstimmung war klar, dass infolge des Wegzugs des Kantons aus dem Kasernenareal räumliche Veränderungen für die Stadtpolizei notwendig werden. Es wird eine räumliche Synergie mit dem Kanton ausgeschlossen. Es ist kaum nachvollziehbar, weshalb erst im Sommer 2016 von der Stadt konkret nach Ersatzräumen gesucht wurde. Wir hatten in der Kommission das Gefühl, dass sich die Immobilienverwaltung und die Polizei gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben. Der Gemeinderat soll jetzt aus Sachzwängen heraus einen Projektierungskredit abnicken. Gerne bieten wir Hand für rasche Lösungen. Hier wird aber ein Handlungszwang generiert, von dem wir uns aus städtebaulichen und inhaltlichen Gründen nicht einfach überrollen lassen wollen. Die Stadtpolizei beabsichtigt, sich mit drei Stützpunkten räumlich komplett neu zu organisieren. Einer dieser Stützpunkte ist der Hauptstandort West. Dieser Standort besteht aus zwei Teilen, nämlich dem Standort Mühleweg und dem geplanten Standort an der Förrlibuckstrasse. Der Bau der Kriminalabteilung am Mühleweg gilt als wichtiges Puzzleteil in einer räumlichen Grossrochade in Richtung Zürich West. Es liegen Absichtserklärungen und grobe Einschätzungen des Raumbedarfs vor, aber es ist bis heute nicht gesichert, ob und auf welche Weise der Bau an der Förrlibuckstrasse entstehen soll. Es ist auch unklar, was er beinhalten soll. Eine so umfassende Rochadeplanung kann nur gelingen, wenn die Einzelteile auch zusammenpassen. Wir wollen ein solches Vorgehen unter Zeitdruck nicht unterstützen. Jede Etappe ist nur dann sinnvoll, wenn sie räumlich und finanziell in einem sinnvollen Ganzen eingebettet ist. Abgesehen von den Löchern in der Planung finden wir auch, dass im Zusammenhang mit dem Umbau des Toni-Areals bereits eine fokussierte Stadtentwicklung mit Durchmischung, Gewerbe und Wohnraum gesichert werden soll. Ein sorgfältiger Umgang mit knappem Boden könnte bedeuten, dass eine höhere Ausnutzung am eher unattraktiven Standort Mühleweg zu prüfen wäre, so dass ein Park oder Wohnformen möglich würden. Es wäre sinnvoll, dort eine grüne Lunge anzusetzen. Das Gebiet ist sehr belastet. Es muss auch mit dem Kanton verhandelt werden, um räumliche Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Grundsätzlich ist es eine Tatsache, dass die Stadtpolizei vor dringlichen Raumfragen steht. Mit dem Kauf von Liegenschaften steht unserer Ansicht nach genügend Rochadefläche zur Verfügung, um einen vorübergehenden Engpass zu bewältigen und eine zukunftsgerichtete Planung voranzutreiben. Wir müssen zurückgehen und genau planen, so dass das Zusammenspiel aller Etappen dieser Rochade beurteilt werden kann. Wir brauchen Zeit für Verhandlungen mit dem Kanton, damit Synergien etabliert und Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Erst dann kann der Gemeinderat mit gutem Gewissen Steuergelder in einzelne Puzzleteile investieren.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Bei der Begründung der Rückweisung wird eine höhere Ausnutzung im Duttweiler-Areal gefordert. Das Potential des Areals soll als Parkanlage oder für Wohnungen genutzt werden. Etwa 500 Meter davon entfernt setzen sich die Grünen mit Inbrunst für ein Asylzentrum ein. Dieses wird etwa doppelt so gross sein. Es wurden beim Asylzentrum keinerlei kritische Fragen gestellt. Bei diesem kleinen Areal, das für die Polizei genutzt werden soll, wird jeder Quadratmeter genau überprüft. Dies lässt mich drauf schliessen, dass die Grünen die Sicherheit der Lokalbevölkerung als weniger wichtig einstuft als das Wohlergehen von Flüchtlingen. Ich empfehle euch, bei der Asylpolitik einen Gang zurückzuschalten. Die Stadtpolizei hat eine klare Strategie vorgelegt.

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** Wir situieren uns in der Mitte zwischen Gegnern und Befürwortern. Für uns steht das PJZ im Mittelpunkt. Es hat uns in der Vergangenheit als abstrakte Vorstellung beschäftigt. Eines Tages wird das PJZ konkret und Zugzwänge lassen sich nicht mehr vermeiden. Spätestens in vier Jahren muss die Stadtpolizei den gemieteten Standort an der Zeughausstrasse verlassen. Deshalb muss etwas Neues gesucht werden. Die Weisung zeigt auf, dass nach Alternativen gesucht wurde. Dabei wurde gewissen Aspekten Rechnung getragen, die wir Grünliberalen im Grundsatz unterstützen. Eine eigene Lösung anstatt einer risikobehafteten Fremdmiete und eine räumliche Konzentration an einem geeigneten Standort befürworten wir. Wir unterstützen den geplanten Neubau für die Kriminalabteilung am Mühleweg zwar nicht euphorisch, sondern vielmehr mit Rücksicht auf etwas Unumgängliches. Durch einen neu-aufgegleisten Planungsprozess wird die Situation nicht besser. Wir fragen uns, ob es kostenplanerisch sinnvoll ist, auf die durch die Neuüberprüfung notwendigen provisorischen Lösungen zu setzen. Gerade für eine Kriminalabteilung, die sich nicht auf eine durchschnittliche Ausstattung verlassen kann, bringt dies erhebliche Komplikationen mit sich. Andererseits fragen wir uns, ob eine Gesamtplanung immer die besseren und effizienteren Lösungen zu erbringen vermag. Eine Gesamtplanung kann vielleicht das Gesamtbild zu einem bestimmten Zeitpunkt widerspiegeln, aber allfällige Perspektivwechsel, die die Zukunft mit sich bringen kann, lassen sich nicht mehr auffangen. Sie lösen oft zu einem späteren Zeitpunkt neue Planungen aus. Wir befürworten den Standort am Mühleweg. Wir sehen keine Alternative.

**Patrick Hadi Huber (SP):** Die Fraktion der SP hat das Projekt auch geprüft. Am Bau als solchem können wir nichts aussetzen. Dieser ist zweckmässig und rasch geplant worden. Beim Rückweisungsantrag der Grünen werden wir uns jedoch enthalten. Wir sind etwas skeptischer als die GLP. Die Raumbedarfsplanung der Stadtpolizei scheint zu spät zu kommen. Die Stadtpolizei macht geltend, dass sie die kriminalpolizeilichen Räume, die sie sich mit der Kantonspolizei teilt, verlassen muss. Begründet wird dies mit dem PJZ. Es wurde gesagt, der jetzige Standort könne nicht übernommen werden. Diese anstehende Veränderung ist seit der Abstimmung 2011 keine Überraschung. 2011 hätte man mit dem Vermieter das Gespräch suchen müssen. Es hätten vertragliche Zusicherungen gemacht werden müssen. So hätte frühzeitig in Erfahrung gebracht werden können, ob neue Räume gebraucht werden. Es hinterlässt einen schalen Nachgeschmack, wenn die Stadtpolizei betont, dass lediglich für eine einzige Abteilung, nämlich für die Kriminalpolizei, ein Umzug notwendig ist. Ausgerechnet für diese Abteilung wurde die Planung verpasst. Der Standort kann deshalb auch nicht optimiert werden. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine verpasste Chance. Wir müssen jetzt in einem beschleunigten Planungsverfahren entscheiden. Wir sind überzeugt, dass die Stadtpolizei einen guten Standort braucht. Deshalb werden wir dem Kredit zustimmen.

**Andrea Leitner Verhoeven (AL):** Die AL-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab, auch wenn wir gewisse Kritikpunkte der Grünen unterstützen können. Als Begründung für den Neubau nennt die Verwaltung die Zeitknappheit, welche durch den Bezug des PJZ durch die Kantonspolizei entstanden sei. Dies wirkt so, als ob dies nicht schon seit längerer Zeit bekannt gewesen sei. In der Kommission haben wir wiederholt das Gefühl bekommen, dass eine Zustimmung zum Projekt Mühleweg gleichzeitig auch den Weg für das Projekt an der Förrlibuckstrasse ebnet. Das häppchenweise Genehmigen finanzieller Mittel, ohne zu wissen, wohin das führt, schafft ein Unbehagen. Der Raumbedarf besteht klar. Wir müssen hier im Rat mitziehen. Das Projekt Mühleweg ist detailliert ausgearbeitet und es befindet sich auf einem Grundstück, das dafür geeignet ist. Es kann sein, dass das Projekt mit einer Testplanung finanzielle Vorteile mit sich bringt. Es stört aber, dass wir als Kommission und Parlament auf infrastrukturellen Fragen keinen Einfluss nehmen können. Es wäre schön, wenn uns mögliche Synergien mit der Kantonspolizei aufgezeigt worden wären. Ich frage mich, ob damals mit dem Bau des PJZ nicht überlegt wurde, dass wir nun Dinge doppelt brauchen, die sich früher die Kantons- und Stadtpolizei geteilt haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** Es entsteht der Eindruck, als ob die Stadtpolizei unter Zeitdruck irgendein Projekt an einem unpassenden Standort zum falschen Zeitpunkt realisieren wolle. Dies ist klar unzutreffend. Der Standort am Mühleweg ist optimal. Er wurde vielleicht etwas spät in die Planung eingebracht. Nichtsdestotrotz ist er räumlich sehr gut gelegen im Verhältnis zu anderen diskutierten Standorten. Er ist auch im Verhältnis zum PJZ, mit dem es Kooperationen geben wird, gut gewählt und hat genau die richtige Grösse. Er entspricht genau den Bedürfnissen der Kriminalpolizei. Die sieben Stockwerke können das aufnehmen, was benötigt wird. Der Standort passt sehr gut in die Standortstrategie. Die Standortstrategie verlangt eine Anpassung der Standorte an eine wachsende Stadt, es soll nicht mehr alles im Zentrum liegen. Der Mühleweg ist Teil dessen, was im Westen entstehen soll. Wenn der Standort an der Förrlibuckstrasse auch realisiert wird, dann haben wir dort zwei Standorte nebeneinander, diese können praktisch als ein Standort betrachtet werden. Der Standort am Mühleweg funktioniert aber auch alleine. Wir konstruieren keinen Sachzwang. Wenn die Vorlage zum Mühleweg bejaht wird, dann kann diejenige zum Standort an der Förrlibuckstrasse trotzdem abgelehnt werden. Zwischen diesen Vorlagen liegen mindestens 15 Jahre. Es kann somit Einiges passieren. Wir sind bereit, das Postulat, über das noch debattiert wird, entgegen zu nehmen. Der Standort Förrlibuckstrasse kann überprüft werden. Es handelt sich um keinen Schnellschuss, es handelt sich um eine zügige Planung, die räumlich und zeitlich eingebettet ist. Auch finanziell ist die Lösung gut. Wir haben erfolglos mit dem Vermieter an der Zeughausstrasse 11 und 21 verhandelt. Wenn für die nächsten fünf bis zehn Jahre temporäre Lösungen gesucht werden, dann muss ebenfalls investiert werden. Dies wäre sehr unbefriedigend und insgesamt gesehen teurer. Wir wollen uns von Fremdmieten lösen. Auch hier ist der Standort Mühleweg eine ideale Lösung. Eine Ablehnung des Projekts wäre teuer und umständlich. Kooperationen mit dem Kanton finden statt. Gerade im Bereich Cyberkriminalität wird gemeinsam ein Institut betrieben. Der grössere Partner ist der Kanton, der kleinere Partner ist die Stadt. Diese Kooperation funktioniert sehr gut. Das forensische Institut wird ins PJZ integriert und stellt eine erfolgreiche Kooperation zwischen Stadt und Kanton dar. Auch die Polizeischule ist eine erfolgreiche Kooperation. Es ist nicht so, dass wir nicht zusammenarbeiten. Wenn aus dieser Vorlage eine PJZ-Diskussion entstehen soll, dann handelt es sich um den falschen Ort dafür. Man kann über das PJZ sprechen, aber es wird sowieso gebaut. Man kann allenfalls prüfen, welche Kosten infolge des Umzugs des Kantons ins PJZ auf die Stadt zukommen. Wir sind bereit, dies genauer anzuschauen.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Ich war überrascht, als ich erfahren habe, dass auf dem Areal am Mühleweg für die Kriminalpolizei ein Gebäude errichtet werden soll. Es überrascht mich, dass gesagt wird, mit der Planung sei nicht zu spät angefangen worden. Ebenso überrascht mich, dass gesagt wird, die Standortwahl sei optimal und es gebe keine Alternativen. Ich wohne in der Nähe des Standorts, ich sehe, was in Zürich West läuft. Neben der Förrlibuckstrasse soll ein weiterer Polizeistandort errichtet werden. In den Entwicklungszielen der Stadt kann man nachlesen, dass in der Gegend ein vielfältiger Nutzungsmix angestrebt wird. Es soll Grünraum entstehen, es sollen Schulen geplant werden. Man sagt, es gäbe in Zürich West zu wenig Grünraum. Auf dem Areal wurde 2013 ein schöner Pocketpark erstellt. Dieser wurde ebenfalls auf der Website erwähnt. Die Kriminalpolizei am Mühleweg wird jedoch nicht erwähnt. Es braucht niemand zu behaupten, das sei langfristig geplant worden. Ich bin frustriert und ich finde die Rückweisung wichtig. In Zürich West fand in den letzten Jahren keine gute Stadtentwicklung statt. Theoretisch wurden schöne Konzepte ausgearbeitet, es wurden Entwicklungsziele erarbeitet. Wenn es an die konkrete Umsetzung geht, hält man sich nicht an konkrete Ziele. Man schaut einfach, wo es Platz gibt. Ich glaube nicht, dass es sich um eine Entwicklung und Planung handelt, die ihren Namen verdient. Ich verstehe nicht, weshalb man nicht schneller geschaut hat, welche Möglichkeiten an der Förrlibuckstrasse bestehen und wieso eine konzentrierte Realisierung an der Förrlibuckstrasse nicht möglich ist. Jetzt befindet sich die Stadt in Zugzwang. Der Standort wird als idealer Standort verkauft. Stefan Urech (SVP) hat gesagt, dass wir uns für das Bundesasylzentrum stark einsetzen. Ich finde das richtig. Es befindet sich am richtigen Standort. Dort wurde die Bevölkerung befragt. In den Entwicklungszielen der Stadt steht, dass die Entwicklung in kooperativen Verfahren realisiert werden soll. Wir werden wegen dem Stadion, dem Hardturmareal und dem Bundesasylzentrum befragt. Im Zusammenhang mit dem geplanten Polizeigebäude fanden keinerlei Gespräche statt. Deshalb bin ich sehr frustriert. Es werden Büros entstehen, es gibt Haftzellen. Es wurde verpasst, eine sinnvolle, langfristige Planung durchzuführen.

**Reto Vogelbacher (CVP):** Die Zentrale der Kriminalpolizei ist dringend notwendig. Der Standort an der Zeughausstrasse fällt weg. Stadtrat Richard Wolff hat ausführlich erläutert, warum der Standort so gewählt wurde. Ich habe das Gefühl, dass die Grünen einfach unzufrieden sind und den Standort Mühleweg nicht wollen. Ihr habt davon gesprochen, dass dort Wohnungen errichtet werden sollen. Die Wohnungen hätten viel Schattenwurf vom Viadukt. Ich glaube nicht, dass der Standort ein idealer Wohnraum wäre. Dort darf ein Verwaltungsgebäude stehen.

**Walter Angst (AL):** Den Ausführungen von Karin Rykart Sutter (Grüne) zur verkachelten Stadtentwicklung in Zürich West kann ich zwar folgen, aber es ist fragwürdig, diese Fragen genau an diesem Objekt abzuhandeln. An diesem Ort könnte man allenfalls einen Pocketpark errichten, aber man könnte dort keinen Stadtentwicklungsbeitrag für Zürich West leisten. Eine Option besteht direkt gegenüber am Duttweiler-Areal und an der Förrlibuckstrasse. Aus diesem grossen Areal könnte man etwas tun für Zürich West, sobald die Asylpolitik eine andere sein wird. Ich habe den Eindruck, dass es euch schwer fällt, mit den Standortstrategien umzugehen. Die Standortstrategien sind eine Errungenschaft. Es ist gut, dass sich der Stadtrat überlegen muss, wo und auf welche Weise er Projekte realisieren kann. Die Strategie dient dazu, zu sagen, was nicht geht. Es ist nicht tragbar, dass 2030 das Förrlibuckareal zu einem neuen Hauptquartier der Stadtpolizei ausgebaut werden soll. Dies ist mit der Standortstrategie nicht vereinbar. Wenn man sich anschaut, was man dringend braucht, dann ist diese dritte Investition nicht tragbar. Dies wäre das entscheidende starke Signal, mit dem auch für den Kreis 5 ein Beitrag geleistet werden kann.



**Stefan Urech (SVP):** *Ich wohne auch dort in der Umgebung und ich habe mich auch nicht darüber gefreut, dass bei mir ein Verwaltungsklotz entstehen soll. Ich konnte mich aber damit beruhigen, dass um das Gebäude herum und hinter dem Gebäude Grünraum entstehen soll, der von den Studenten, Büroangestellten und der Bevölkerung genutzt werden kann. Die Kiesmulde, die sich dort heute befindet, ist etwas trist. Die Argumentation von Karin Rykart Sutter (Grüne) ist nicht stringent, sie ist sachlich nicht überzeugend. Auf dem Areal des Bundesasylzentrums könnte entweder ein grosser Park oder ein Schulhaus und ein Park gebaut werden. Eine Kriminalpolizei, die schnell an verschiedene Orte ausrücken muss, braucht einen zentralen Standort. Ein Asylzentrum muss sich nicht mitten im Quartier befinden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *Die Standortstrategie der Stadtpolizei wurde überarbeitet. Diese gilt auch für die Kriminalpolizei. In der Regel wird eine Standortstrategie seriell umgesetzt. Dies wäre auch für den Gemeinderat besser nachzuvollziehen. Für die Kriminalabteilung müssen wir das Vorgehen beschleunigen. Es fanden Verhandlungen statt, wir haben ein PJZ, dessen Realisierung bevorsteht. Das Projekt basiert aber durchaus auf Aussagen der Standortstrategie. Die relevanten Dinge sind in der Standortstrategie enthalten. Diese können wir diskutieren. In diesem Sinn nehmen wir auch das Postulat entgegen. Es ist sinnvoll, Strategien immer wieder einer Überprüfung zu unterziehen und sich zu überlegen, ob es sich um den richtigen Weg handelt. Beim Standort West müssen viele konzeptionelle Überlegungen angestellt werden. Es stellt sich die Frage, was dort sinnvoll wäre und was man dafür aufgeben würde. Die Gesamtfläche, die von der Stadtpolizei gebraucht wird, nimmt etwas ab. Die IMMO hat einen geeigneten Standort gesucht und gefunden. Damit wird Zürich West nicht in einem massgeblichen Umfang städtebaulich geprägt. Beim gewählten Standort handelt es sich um einen Parkplatz, die Fläche ist versiegelt. Der Mühleweg wird aufgewertet, es wird auch begrünt. Der Ablauf der Planung war nicht ideal. Es mussten aber Entscheidungen getroffen werden. Wir brauchen eine angemessene Infrastruktur für die Kriminalpolizei. Über die Synergien mit der Kantonspolizei wurde wenig gesprochen, ein Postulat greift dieses Thema auf. Stadtrat Richard Wolff hat dargelegt, weshalb die Nutzung eines Provisoriums nicht sinnvoll ist. Es ist kostspielig auf die grosse Gesamtplanung zu warten. Dieses Puzzle-teil funktioniert auch für sich alleine genommen sehr gut.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

1. Dem Gemeinderat ist nach der abgeschlossenen Planung des gesamten Hauptstandorts West (Mühleweg/Förllibuck) erneut eine Weisung für einen Neubau am Mühleweg inklusive eines finanziellen Überblicks vorzulegen.
2. Dabei ist zu prüfen, ob der Neubau am Mühleweg nicht mit einer deutlich höheren Ausnützung realisiert werden soll. Ein spezielles Augenmerk ist auf die Planung der Erdgeschosse zu richten, damit alle in Zukunft nötigen Funktionen auch erfüllt werden können. Die einzelnen Schritte für die Umsetzung der «Standort- und Raumbedarfsstrategie 2016 | 2035 Stadtpolizei Zürich» sind dementsprechend anzupassen.

Mehrheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)  
Minderheit: Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Referentin  
Enthaltung: Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 14 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)  
Minderheit: Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Referentin  
Enthaltung: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg (Kat.-Nr. IQ6385), Industriequartier, wird der vom Stadtrat am 5. Oktober 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 6 750 000.– auf Fr. 8 500 000.– erhöht.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Eigentümergemeinschaft die Vertragsverlängerung über Büro-, Lager-, Garagen- und Nebenräume sowie Parkplätze an der Zeughausstrasse 31, 8004 Zürich, über fünf Jahre, d. h. vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 1 395 192.– abzuschliessen (die Nebenkosten werden von der IMMO direkt beglichen). Immobilien Stadt Zürich hat das einseitige Recht, das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren auf jedes Quartalsende, erstmals auf den 30. Juni 2022, zu kündigen. Die Miete ist indexiert und kann periodisch an die Änderungen des Landesindex der Konsumentenpreise zu 100 Prozent angepasst werden (Unterschreitung des Mietzinses ausgeschlossen).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. April 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Mai 2017)

2825. 2017/65

**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 22.03.2017:**

**Umzug der Kantonspolizei ins neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Bericht über die räumlichen Auswirkungen und Umzugskosten bezüglich der gemeinsam mit der Stadtpolizei genutzten Polizeiinfrastruktur und den Strategieentwicklungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2785/2017): *Wie bereits in der vorherigen Debatte zum Ausdruck gebracht wurde, unterstützen wir den Bau des Objekts am Mühleweg. Der zweite Blick auf das Objekt macht jedoch auch uns nachdenklich. Ausdruck davon sind die beiden Begleitpostulate. Bereits in der Vergangenheit hat sich in Kommissionsberatungen zu raumstrategischen Entscheiden, die die Polizei betreffen, immer wieder die Frage gestellt, inwieweit uns das PJZ entlasten wird. Während wir beim Ausbildungszentrum zur Kenntnis nehmen mussten, dass das Raumkonzept nochmals angepasst werden musste, sehen wir heute bei der Weisung zur Raumbeschaffung für die Kriminalabteilung, dass der Umzug der Kantonspolizei ins PJZ für die Stadtpolizei nicht einfach ein neues Betriebskonzept, sondern auch die tiefgreifende Erarbeitung von Standortstrategien und Infrastrukturfragen auslöst. Aus städtischer Perspektive muss man sagen, dass eine Belastung durch das PJZ entsteht. In der Vergangenheit wurden die Konsequenzen, welche das PJZ für unsere eigene Infrastruktur bedeutet, vernachlässigt. Die Weisung zeigt auf, dass gemeinsam genutzte Infrastrukturen aufgegeben werden. Die Stadt muss neue Infrastrukturen aufbauen. Das PJZ hat immer das Ziel verfolgt, die Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und den kantonalen Justizbehörden zu optimieren. Es ist dabei aber nicht klar zum Ausdruck gekommen, dass die Stadt dabei neue Wege suchen muss. Dies ist mit erheblichem finanziellen Aufwand und städtebaulichen Konsequenzen verbunden. Auch wenn Stadtrat Richard Wolff gesagt hat, es gebe stadtinterne Synergien, bleibt der Mehraufwand bestehen. Die Frage, weshalb man nicht stärker auf gemeinsam genutzte Infrastruktur setzt, bedeutet keineswegs, dass die Trennung zwischen Stadt- und Kantonspolizei neu diskutiert werden soll. Wir wollen mit diesem Bericht bewirken, dass klar wird, welche finanziellen und städtebaulichen Konsequenzen das PJZ auf den eigenen Raum- und Infrastrukturbedarf hat. Ebenfalls geht es uns darum, der Stimmbevölkerung aufzuzeigen, was das PJZ mit sich bringt. Wir fordern Transparenz im Hinblick auf die künftige Einschätzung von Investitionen, die anstehen werden.*

**Derek Richter (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Es ist richtig, dass sich die Stadt- und Kantonspolizei an der Zeughausstrasse Infrastruktur teilen. Das beschränkt sich jedoch lediglich auf die Haftinfrastruktur. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) sagt, man müsse tiefgreifende Änderungen vollziehen. Die Forderung nach Kostentransparenz ist nachvollziehbar. Diese Fragen können aber auch im Budgetprozess gestellt werden. Bei der Cyberkriminalität müssen wir feststellen, dass nicht nur bei der Stadtpolizei Handlungsbedarf besteht, sondern auch in verschiedenen Kantonen und beim Bund, so zum Beispiel beim Nachrichtendienst. Dort sollten geeignete Massnahmen implementiert werden. Wer nicht glaubt, dass wir uns in einem Krieg befinden, soll die Protokolldateien einer Firewall lesen. Wir befinden uns jetzt bereits in einem Cyberkrieg. Ich kann nur vermuten, dass der verlangte Bericht irgendwo zwischen einer Beschäftigungstherapie für die Verwaltung und einem Versuch einer Entwicklung hin zur Einheitspolizei einzuordnen ist.*

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** *Es gibt kaum ein Geschäft in diesem Kanton, das mehr Nachbereitungszeit in Anspruch nimmt als das Polizei- und Justizzentrum. Das PJZ wurde im Kantonsrat durchgeboxt, weil damit Synergien genutzt werden sollen. Im Verlauf der kantonsrätlichen Beratung sind die angeblichen Synergien zerbröseln. Dies hat allerdings die Mehrheitsparteien im Kantonsrat nicht davon abgehalten, alles zu unternehmen, damit das PJZ realisiert werden kann. Wir sind im Verlauf der Kommissionsberatung darauf gestossen, dass es verschiedene räumliche und personelle Aspekte gibt, die infolge des PJZ Kosten verursachen. Man hat uns nie darüber informiert. Am Schluss müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür aufkommen. Die Kosten der Entscheide müssen wir tragen. Ich appelliere an Stadtrat Richard Wolff, wenigstens ehrlich und transparent die Kosten aufzuzeigen.*

**Andreas Egli (FDP):** *Die FDP ist der Ansicht, dass das Postulat unnötig ist. Grundsätzlich hat Markus Knauss (Grüne) recht, wenn er sagt, dass es um Vergangenheitsbewältigung geht. Dieser Bericht macht den notwendigen Umzug weder günstiger noch effizienter. Wir brauchen jetzt eine gute Lösung für die gegebene Situation. Der Begriff Synergieeffekt ist für mich eine Fata Morgana der Verwaltungstheoretiker. Hier braucht es eine gewisse Zurückhaltung seitens der Parteien.*

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Wir haben Bauchschmerzen, wenn ein Bericht gefordert wird. Dieser Bericht dient der Vergangenheitsbewältigung. Wir müssen in die Zukunft schauen. Das PJZ ist etabliert, wir können nicht mehr viel ändern. Die räumlichen Auswirkungen wurden in der Kommission ausführlich diskutiert. Die Strategie für die nächsten zehn Jahre wurde dargelegt. Vor etlichen Jahren wollte man die Stadt- und Kantonspolizei zusammenlegen. Dies wurde abgelehnt. Es gibt diese Trennung deshalb weiterhin. Es gibt in der Stadt Schnittpunkte. Synergien sind nur dort sinnvoll, wo sie pragmatisch möglich sind. Beim forensischen Dienst werden sie genutzt. Die Zusammenlegung des digitalen forensischen Dienstes kann sinnvoll sein.*

Das Postulat wird mit 72 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2826. 2017/66

**Postulat von Guy Krayenbühl (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 22.03.2017:**

**Zusammenschluss der Abteilungen der Stadt- und Kantonspolizei im Bereich der digitalen Forensik**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Guy Krayenbühl (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2786/2017): *Es gibt heute keine Diskussion zum PJZ. Der anstehende Bezug des PJZ durch die Kantonspolizei und der fehlende Wille in den 90er Jahren zu einer urbanen Kantonspolizei zeigen heute die finanziellen Konsequenzen für die Stadt. Es muss ein eigenes Kriminalgebäude gebaut werden, die bisherigen, kostengünstigen Synergien gehen verloren. Hinzukommen wird jedoch ein Mehrverkehr. Bis jetzt konnten die Häftlinge vom provisorischen Polizeigefängnis zu Fuss zur Kriminalpolizei zugeführt werden. Künftig werden wir diese mit dem Auto transportieren müssen. Die politischen Entscheide wurden getrof-*

fen, daran können wir jetzt nichts ändern. Beim Projektbild zum geplanten Polizeigebäude am Mühleweg tritt prominent das Logo der Kantonspolizei auf. Das ist interessant. Für uns ist klar, dass wir nichts gegen die Stadtpolizei haben. Wir wollen aber, dass sich aufdrängende Zusammenarbeiten mit der Kantonspolizei auch umgesetzt werden. In der Behandlung zur Weisung wurde seitens der Stadtpolizei viel Rauch um die Bekämpfung der Cyberkriminalität gemacht. In diesem Zusammenhang wurde auch geltend gemacht, dass ein Mehrbedarf an Flächen notwendig sei, da der Auswertungsaufwand stetig steige. Um diesen Auswertungsaufwand künftig bewältigen zu können, besteht nicht nur ein räumlicher, sondern auch ein technischer Mehrbedarf. Seitens der Stadtpolizei seien für die Auswertung bereits eigene Programme entwickelt worden. Wenn man diese Begründung hört, dann kommt der Verdacht auf, dass in diesem Bereich keine Synergien bestehen. Dies ist keine kostengünstige Lösung. Wir fordern den Stadtrat auf, zu prüfen, ob im Bereich der digitalen Forensik ein vollständiger Zusammenschluss vollzogen werden kann. Gerade in diesem Bereich drängt sich unserer Ansicht nach eine engere Kooperation auf.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** Cyberkriminalität, digitale Forensik und Forensik werden in einen Topf geworfen. Das ist ein Problem. Auch bei Fachleuten gibt es oft keinen stringenten Begriffsgebrauch. Wir müssen dies jedoch klar trennen. Bei Cyberkriminalität gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Kanton. Diese Zusammenarbeit funktioniert sehr gut und sie soll im PJZ weitergeführt werden. Cyberkriminalität betrifft grosse Fälle, also zum Beispiel Fälle, bei denen Banken angegriffen werden. In solchen Fällen wird das Internet als Medium genutzt, mit dem kriminelle Handlungen durchgeführt werden. Dies ist etwas anderes als digitale Forensik. Cyberkriminalität ist häufig international, hier ist Kooperation notwendig. Digitale Forensik ist einfach ein weiteres Instrument zur Auswertung. Digitale Forensik trägt dem Umstand Rechnung, dass heute jeder für alles einen Computer oder ein Mobiltelefon braucht. Es gibt kaum eine Art von Kriminalität, bei der nicht in irgendeiner Weise ein Computer oder ein Handy mit im Spiel ist. Damit dies auf einer grundlegenden Ebene ausgewertet werden kann, braucht es die digitale Forensik. Diese gehört zum Alltagsgeschäft der Polizei. Die digitale Forensik muss bei der Stadtpolizei und der Kantonspolizei vorhanden sein. Das müssen alle beherrschen. Weil digitale Forensik mit der weiteren Verbreitung digitaler Geräte zunimmt, müssen die Leute ausgebildet werden. Eine Zusammenführung schafft nur unnötige Bürokratie und Komplikationen. Es ist einfacher, wenn dies jeder für sich umsetzt.

Weitere Wortmeldungen:

**Andreas Egli (FDP):** Wir haben bei der Vorberatung zu diesem Postulat diskutiert, was damit gemeint sein könnte. Ich habe bereits vorher gesagt, was ich von Synergieeffekten halte. Diese können nicht das Ziel des Postulats sein. Wenn man jedoch hört, dass einzelne Polizeicorps Programme entwickeln, stellt sich die Frage, ob andere Polizeicorps dasselbe Programm entwickeln müssen. Ein solches Programm könnte gemeinsam genutzt werden. Das Postulat kann so ausgelegt werden, wie es die GLP tut. Da stellt sich die Frage, ob das Postulat auch im Kantonsrat eingereicht wurde. Grundsätzlich stimme ich tendenziell der Auslegung von Stadtrat Richard Wolff zu. Ich bin der Ansicht, dass die einfache Auswertung, also beispielsweise die Untersuchung eines Computers oder Mobiltelefons, beim jeweiligen Polizeicorps verbleiben muss. Man soll nicht jedes Mal einen Antrag beim befreundeten Polizeicorps stellen müssen. Es gibt aber gewisse Bereiche, in denen gemeinsame Dienste verstärkt genutzt werden könnten. Die Diskussion zwischen Stadt- und Kantonspolizei ist nicht mehr so vergiftet wie früher. Die Zusammenarbeit funktioniert gut, könnte jedoch auf institutioneller Ebene verbessert werden.

**Guy Krayenbühl (GLP):** *Ich möchte zum Votum von Stadtrat Richard Wolff Stellung nehmen. Im forensischen Institut wurde die Spurensicherung zusammengelegt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das bei der Auswertung digitaler Daten nicht möglich sein soll. Ich bin damit einverstanden, dass einfache Auswertungen vor Ort durchgeführt werden sollen. Sobald die Auswertung komplizierter wird, können die beiden Corps sie gemeinsam durchführen.*

Das Postulat wird mit 93 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2827. 2017/67**

**Postulat der AL-Fraktion vom 22.03.2017:**

**Standort- und Raumbedarfsstrategie der Stadtpolizei, Prüfung von Alternativen zum Standort an der Förrlibuckstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2828. 2016/379**

**Postulat von Dorothea Frei (SP), Heinz Schatt (SVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2016:**

**Parkplätze im Bereich Winterthurer-/Bocklern-/Hüttenkopfstrasse in Schwamendingen, Beibehaltung des bestehenden Parkplatzregimes**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Dorothea Frei (SP)** *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2372/2016): Am 7. September 2016 hat die Dienstabteilung Verkehr die Einführung eines neuen Parkplatzregimes angekündigt. Auf dem im Postulat genannten Parkplatz hat es im Augenblick 18 blaue Parkfelder, die neu zu weissen Parkfeldern werden sollen. Es handelt sich um einen der wenigen grossen Parkplätze in Schwamendingen. Die Änderung des Parkplatzregimes führte zu ziemlich viel Aufruhr. Gewerbetreibende parkieren dort mit der Gewerbekarte, wir haben Marktfahrer, die dort parkieren und Menschen, die dort im Zentrum einkaufen. Auch für Anwohner ist es ein günstiger Parkplatz. Der Widerstand hat sich auf verschiedenen Ebenen gezeigt. Einerseits ist dieses Postulat entstanden, andererseits hat der Gewerbeverein fristgerecht eine Einsprache eingereicht. Seither haben verschiedene Gespräche stattgefunden. Stadtrat Richard Wolff war in Schwamendingen und hat sich die Situation angeschaut. Im Moment scheint es so, als ob sich ein Kompromiss anbahnen würde. Definitiv entschieden ist dies jedoch noch nicht, deshalb halten wir am Postulat fest.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Mein Ablehnungsgrund ist formaler Natur. Es läuft ein Rechtsmittelverfahren, deshalb bitte ich Sie, das Postulat zurückzuziehen, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Tatsächlich ist es so, dass wir uns im Gespräch mit allen Beteiligten befinden. Es geht um zwei Parkplätze. Ich bin überzeugt davon, dass wir eine Lösung finden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Wir werden das Postulat einerseits aus formalen Gründen ablehnen. Andererseits möchte ich auf einen anderen Vorstoss verweisen, den der Gemeinderat vor einigen Jahren überwiesen hat. In diesem Vorstoss wurde gefordert, die Gültigkeit der Parkkarte für Gewerbetreibende auf die weissen Parkplätze zu erweitern. In Schwamendingen sollte die Gewerbeparkkarte auf diese Weise erweitert werden. Diejenigen, die die Parkplätze für andere Zwecke nutzen, sollen eine gerechtfertigte Gebühr zahlen.*

**Stephan Iten (SVP):** *Ich möchte erwähnen, dass sich die SP offenbar plötzlich für die Bevölkerung und das Gewerbe interessiert. Vielleicht liegt dies an den kommenden Wahlen. Ich hoffe, dass sich die SP auch nach den Wahlen für Parkplätze, die Bevölkerung und das Gewerbe einsetzen wird.*

Das Postulat wird mit 92 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2829. 2016/388

**Postulat von Pascal Lamprecht (SP), Linda Bär (SP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 09.11.2016:**

**Abbruch des Projekts zur Einführung der Bodycams bei der Stadtpolizei**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Pascal Lamprecht (SP)** *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2393/2016) und zieht es zurück: Die SP ist selbstverständlich gegen Gewalt an der Polizei. Bodycams stehen aus unserer Sicht quer in der Landschaft. Wir würden gerne eine Debatte über eine bürgernahe Polizei, Bürgerrechte und über Personenkontrollen führen. Das Projekt ist jedoch bereits gestartet, obwohl dieses Postulat noch hängig ist. Dies ist nicht nur unschön, es ist auch nicht vertrauensfördernd und erinnert mich an pseudowissenschaftliche Studien. Trotzdem ziehen wir das Postulat zurück. Wir fordern den Stadtrat auf, dass es sich um einen wissenschaftlichen Versuch und nicht um eine flächendeckende Einführung handeln soll.*

Mitteilung an den Stadtrat

2830. 2016/390

**Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 09.11.2016:**

**Bewilligungsverfahren für Geschäfte und Durchsetzung von Verkehrs- und Parkierungsvorschriften, keine Bevorzugung für Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2395/2016): Es geht hier um eine frühere ESSO-Tankstelle. Man kann dort weiterhin tanken, es handelt sich aber vor allem um einen Shop. Der löst in Zürich Seebach seit Jahren Irritationen und grossen Ärger aus. Wir haben im November 2015 eine Schriftliche Anfrage gestellt. Wir wollten vom Stadtrat wissen, was er unternimmt, um die krassen Situationen zu beheben. Der Stadtrat hat gesagt, dass die Zufahrt zu den privaten Parkplätzen im Hinterhof oft unmöglich sei. Dieses Problem stelle sich auch für die Fahrzeuge zur Anlieferung von Waren und Treibstoff, weshalb diese oft auf der Strasse parken würden. Die Strasse ist stark befahren. Der Stadtrat musste zugeben, dass es so viele Auslagen gibt, dass sogar auf der Fahrspur parkiert wird. Der Stadtrat konnte natürlich nicht sagen, dass er das toleriert. Er hat gesagt, es müsse nachgebessert werden. Er wies darauf hin, dass ein nachträgliches Bewilligungsgesuch gerade eingetroffen sei. Bei der Beurteilung des Gesuchs sei die kaum befriedigende Situation zu berücksichtigen, so der Stadtrat. Es ist nicht viel passiert. Dasselbe gilt für einen ähnlichen Shop in Affoltern. Ein Jahr später hat der Stadtrat auf eine weitere Schriftliche Anfrage geantwortet, die Eigentümerschaft sei bereits 2013 mehrfach aufgrund feuerpolizeilicher und lebensmittelhygienischer Missstände aufgefordert worden, ein nachträgliches Gesuch für die ausgeführten Umbauten und die entstehende Kühlzelle einzureichen. Der Stadtrat führt auf, dass diverse Auflagen zum Anlieferungskonzept innerhalb einer Frist zu erfüllen seien. Der Stadtrat musste zugeben, dass das Problem nicht behoben ist. Aus Gründen der Kulanz sollte jedoch bis Weihnachten 2016 abgewartet werden. Die Missstände sind seit Jahren bekannt. Trotzdem wird bis Weihnachten 2016 gewartet. Der Stadtrat hat uns beim anderen Shop in Affoltern mitgeteilt, dass er bereits 2004 angefangen habe, verkehrstechnisch zu regeln. Es wurde an der Wehntalerstrasse ein neues Verkehrsregime durchgesetzt. Es mussten Poller installiert werden. Der Stadtrat musste zur Kenntnis nehmen, dass weiterhin mitten auf der Strasse parkiert wird. Der Stadtrat hat gesagt, er verlange die Umsetzung eines privaten Anlieferungskonzepts. Es wird weiterhin mitten auf der Spur angehalten und ausgeladen. Dennoch appelliert der Stadtrat an eine gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit. Das klingt wie beim Kochareal. In der Stadt gilt nicht gleiches Recht für alle Personen. Der Stadtrat lässt die Angelegenheit schleifen. Diese Migranten sind hier willkommen, der Stadtrat verschliesst beide Augen. Dies ist auch gegenüber der Polizei unfair, die dort ständig Bussen verteilen muss.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Dem Stadtrat und der Stadtpolizei zu unterstellen, Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund würden bevorzugt, ist unverschämt. Das ist eine krasse Anschuldigung. Die Situation bei beiden Geschäften ist schwierig. Es ist aber nicht so, dass nichts gemacht wird. In einem Fall wurde ein besseres Anlieferungskonzept erstellt. Es wird auch durch vermehrte Kontrollen darauf geachtet, dass die Verkehrsbehinderungen nicht zu gross werden. Sie wissen aber auch, dass die Zuliefersituation in vielen Fällen sehr schwierig ist. Oft ist es so, dass ein Lieferwagen irgendwo stehen muss, wo er ein Hindernis darstellt. Das gehört zur Stadt. Wir können nicht auf einzelne Inhaber, die uns nicht passen, losgehen. Die Polizei schaut genau hin. Wir drücken kein Auge zu.*



Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ich habe in den letzten Jahren von der SVP gelernt, dass die Ausländer faul sind und herumliegen. Jetzt höre ich, dass sie Geschäfte betreiben und Angestellte haben. Sie verursachen Verkehrsprobleme. Das passt nicht zusammen. Ihr sagt, man solle das Problem lösen. Das Verteilen von Bussen sei keine Problemlösung. Auch das ist ein Widerspruch. Der Stadtrat geht das Problem an. Dies sieht man daran, dass dort in den letzten Jahren Kurzzeitparkplätze für Kunden entstanden sind. Diese werden rege genutzt. Wenn hierfür ein Postulat notwendig ist, dann muss man auch für jeden Vorfall am Limmatquai ein Postulat einreichen. Es braucht Augenmass. Das fordert ihr immer auch von der Politik und den Gerichten. Man muss das Problem angehen, das Postulat ist jedoch unnötig. Wir vertrauen dem Stadtrat.*

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** *Ich muss dem Büro eine ernsthafte Rüge aussprechen, dass es dieses Postulat in dieser Form entgegengenommen und nicht an den Absender zurückgeschickt hat. Die Postulanten unterstellen dem Stadtrat ungesetzliche Handlungen. In der Stadt haben wir den Anspruch, dass zumindest in unserer Beziehung mit den Behörden alle Menschen gleich sind. Wir wollen keine Verhältnisse, wie sie beim Kanton unter Kantonsrat Raphael Huber herrschten. Wenn die SVP den Verdacht hat, dass Türken oder andere Ausländer von der Stadtregierung besser behandelt werden als Einheimische, so soll sie dies beim Statthalter monieren. Dieser könnte dem Handeln einen Riegel vorschieben. Doch die SVP weiss, dass die unterstellten Handlungen nicht zutreffen. Deshalb versucht sie mit einem Postulat ihrer Ausländerpolitik Sauerstoff einzuhauchen. Ich bitte das Büro künftig derartige Postulate zurückzuweisen.*

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Das Postulat schiesst über das Ziel hinaus. Es richtet sich einseitig gegen Betreiber von Shops mit Migrationshintergrund. Wir finden es gut, dass Mitbürger mit Migrationshintergrund arbeiten und mit ihrem Gewerbebetrieb Geld verdienen. Neben dem Shop befindet sich das Brockenhaus Hiob. Auch dort verkehren Lastwagen. Auch dies müsste ins Postulat einbezogen werden, wenn das Postulat fair sein soll. Im Postulat wird erwähnt, es gäbe erhöhtes Stauaufkommen. Der Stau entsteht bei der Barriere an der Zehntenhausstrasse. Diese ist viel gravierender in der Auswirkung. Die Stadtregierung macht keine ethnische Bevorzugungen und auch keine Laissez-Faire-Politik. Wenn eine Laissez-Faire-Politik betrieben wird, dann betrifft dies das Koch-Areal. Generell arbeiten die Stadt und ihre Behörden sehr sauber. Es ist auch übertrieben, wenn im Postulat von einer Pseudointegration gesprochen wird. Die Shopbetreiber verdienen Geld mit redlicher Arbeit. Sie fallen der Allgemeinheit nicht zur Last.*

**Andreas Egli (FDP):** *Ich bin froh, dass die Stadtpolizei die Parkplatzproblematik und auch das Problem im Koch-Areal nicht mit der Pistole löst. Als ich das Postulat zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich, dass ich das Postulat unterstützen werde, wenn es zutrifft. Unsere eigenen Stadträte haben uns glaubwürdig versichert, dass es eine solche Praxis nicht gibt. Wir empfehlen euch, an den Statthalter heranzutreten, wenn die Vorwürfe tatsächlich zutreffen sollten. Der Statthalter ist bekannt dafür, dass ihm Rechtsgleichheit und die entsprechende Ausübung der stadträtlichen Macht sehr wichtig ist.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Wenn Sie sagen, dass es keine Rechtsgleichheit gibt, dann stimmen Sie dem Postulat indirekt zu. Die Regierung in der Stadt ist ideologisch aufgeladen. Es gibt so viele Beispiele, durch die man erkennen kann, dass nicht jeder gleich ist vor dem Gesetz. Sie untergraben die Akzeptanz der Ausländer, wenn Sie erlauben, dass das Gesetz unterschiedlich angewandt wird. Sie widersprechen sich in Ihrer Argumentation und geben dem Postulat recht.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Ich muss Stadtrat Richard Wolff recht geben damit, dass meine Aussage mit dem Zudrücken beider Augen ungünstig gewählt war. Die Dinge werden durch die gutmenschliche Brille betrachtet, man lässt sehr viel Kulanz walten in dieser Stadt. Sie sehen einfach nicht klar. Die Leute sehen das Unrecht nicht. Wenn bewiesen werden kann, dass es in der Stadt einige Schweizer Shops gibt, die sich ebenfalls so viel zuschulden kommen lassen, lasse ich mich gerne vom Gegenteil überzeugen. So infam sind meine Vorwürfe nicht. Haben wir jemals gesagt, es gäbe keine Ausländer, die unternehmerisch tätig sind? Wenn bewiesen werden kann, dass mit Schweizer Geschäftsführern genauso kulant verfahren wird, lasse ich mich überzeugen. Wir sind froh, dass das Büro keine Zensurbehörde ist. Die Pistole ist ein Symbol für die Durchsetzung von Recht. Es geht mir nicht darum, dass irgendwo geschossen wird. Es geht darum, dass das Recht umgesetzt wird. Dies ist der Stadtrat bislang schuldig geblieben.*

Das Postulat wird mit 20 gegen 99 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2831. 2016/462**

**Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 21.12.2016:**

**Verminderung des Suchverkehrs in der Blauen Zone durch Ausweitung der Geltungsbereiche der Parkkarten in die angrenzenden Stadtkreise**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2561/2016): *Dieser Vorstoss ist sehr pragmatisch. Deshalb bin ich erstaunt, dass der Stadtrat die Entgegennahme ablehnt. Es gibt in den Quartieren häufig Suchverkehr, weil man in der Blauen Zone, in der die eigene Parkkarte zugelassen ist, keinen Platz findet. Dies hat einerseits damit zu tun, dass mehr Parkkarten abgegeben werden, als tatsächlich Parkplätze vorhanden sind. Dies führt zu einer möglichen Überbelegung. Andererseits liegt dies daran, dass bei Bauarbeiten ganze Serien von blauen Parkplätzen für Baufahrzeuge gesperrt werden. Man könnte einwenden, dass jemand von diesem Postulat profitieren könnte, indem er seinen Wagen möglichst weit weg von seinem Wohnort abstellt. Jeder Anwohner ist aber daran interessiert, den Wagen möglichst nahe am Wohnort abzustellen. Wenn man in einen angrenzenden Stadtkreis ausweichen muss, handelt es sich um eine Notlösung. Es gibt im Grenzbereich Strassenzüge, die bei der Vergabe der Parkkarten zwei Quartiere berücksichtigen. Diese Bereiche sind jedoch so kurz, dass dies eigentlich nichts nutzt. Damit keine Neusignalisation notwendig ist, müssten einfach die benachbarten Stadtkreise freigegeben werden. Seien wir tolerant und lassen Sie uns nicht über alles den Deckel der Kleinlichkeit stülpen. Der Suchverkehr ist nicht im Interesse der Anwohner. Das Postulat wäre ein einfaches Mittel, den Suchverkehr zu reduzieren.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Würde das Postulat umgesetzt, könnte ich vom Rütihof bis ins Unterstrassquartier frei parkieren. Dies ist zwar für den Einzelnen schön, aber es widerspricht der Idee der Anwohnerparkkarte. Mit dieser Anwohnerparkkarte wollen wir Pendelströme verhindern. Wenn wir die Grenzen grosszügiger ziehen, haben wir in der Stadt eine grosse Blaue Zone. Dies widerspricht dem grundlegenden Gedanken der Blauen Zone. Sie sagen, dass es in einigen Kreisen mehr freie Parkplätze gibt als in anderen.*

*Das Problem würde sich bei einer Ausweitung auf benachbarte Quartiere nicht auflösen, sondern nur verschieben.*

Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Das Problem ist, dass dann jemand aus Höngg seinen Parkplatz in der Nähe des Bahnhofs Hardbrücke suchen könnte. Andererseits verstehe ich die Argumentation nicht. Wenn ich zu Hause parkieren will, dann will ich möglichst nahe bei meinem Wohnort parkieren. Wenn ich keinen Parkplatz finde, dann fahre ich im Kreis. Warum der Suchverkehr abnehmen soll, wenn der Kreis erweitert wird, verstehe ich nicht. Dies würde zu einer Erweiterung des Suchverkehrs führen. Wir verstehen, dass es einzelne Fälle geben kann, in denen es angebracht wäre, dass in mehreren Zonen parkiert werden kann.*

**Hans Jörg Käppeli (SP):** *Es klingt verhänglich, den Suchverkehr zu reduzieren. Ich glaube jedoch nicht, dass hierdurch der Suchverkehr reduziert wird. Wenn man ein grösseres Gebiet hat, dann sucht man auch länger. Wenn ich mir unsere Siedlung anschau, dann sehe ich, dass wir in der Tiefgarage viele leerstehende Parkplätze haben. Es gibt Menschen, die nicht willens sind, die Parkplätze zu mieten. Andernfalls müssten sie auch nicht auf der Strasse suchen.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Hans Jörg Käppeli (SP) hat dargelegt, warum es Suchverkehr gibt. Offensichtlich gibt es mehr blaue Parkkarten als Parkplätze. Wir haben die kritischen Einwände gehört. Wir sind aber der Ansicht, dass die Idee nicht unbedingt schlecht ist. Eine Prüfung ist durchaus vorstellbar. Wir sind aber klar der Ansicht, dass es problematisch ist, dass Parkkarten in den jeweils angrenzenden Kreisen gültig sein sollen. Wir hätten uns eine geschlossener Formulierungen gewünscht.*

**Eduard Guggenheim (AL):** *Im Postulat gibt es gute Ansätze. Es geht es um Stadtkreise und nicht um Postleitzahlen. So könnte jemand aus dem Kreis 1 sein Auto zum Beispiel in Leimbach oder in Wollishofen abstellen. Man kann sich überlegen, einen Perimeter einzuführen, so dass man 100 Meter im Umkreis der Postleitzahl, in der man durch seine Parkkarte berechtigt ist, auch parkieren darf. Ich könnte mir vorstellen, dass dies mit GPS gelöst würde. Lösungen sollten nicht zu einem bürokratischen Mehraufwand führen und sie sollten einfach umsetzbar sein. Wir lehnen das Postulat ab und empfehlen das Einreichen eines besseren Postulats.*

**Andreas Egli (FDP):** *Ich hatte ähnliche Gedanken wie Eduard Guggenheim (AL). Wir haben in der Fraktion diskutiert, ob das Postulat mit einer Textänderung gerettet werden kann. Wir kamen aber zum Schluss, dass eine Textänderung in diesem Fall nicht hilfreich wäre. Die Parkkarten dienen vor allem dazu, dass Anwohner einen Parkplatz in Wohnortnähe haben. Wenn man das Postulat entsprechend umsetzen würde, könnte eine Person allenfalls in der ganzen Stadt parkieren. Dies würde dazu führen, dass Anwohner zum Beispiel bei Anlässen mit erhöhtem Verkehrsaufkommen in einem anderen Kreis parkieren müssten. Dies würde den Suchverkehr erhöhen. Das Postulat widerspricht der Zielsetzung, es schafft auch keine zusätzlichen Parkplätze. Wir bieten Unterstützung für ein künftiges, besser formuliertes Postulat.*

**Walter Anken (SVP):** *Als Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und ich das Postulat geschrieben haben, wollten wir den Suchverkehr reduzieren. Ich habe bereits oft etliche Runden gedreht und bin an Parkplätzen vorbeigekommen, an denen ich nicht parkieren durfte. Ich habe Lärm gemacht, ich habe die Luft verschmutzt. Wenn die Grenze weiter gezogen wäre, dann wäre die Wahrscheinlichkeit, dass ich einen Parkplatz finde, höher. Jeder parkiert möglichst nahe bei seiner Wohnung.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Ich finde die vorgebrachten Anregungen sehr gut. Mich überrascht, dass dies nicht mit einer Textänderung verbunden wurde. Teilweise sind die Parkkarten auf Postleitzahlen, teilweise sind sie auf Stadtkreise ausgestellt. Dies erschwert die Angelegenheit. Wir wollen, dass die Parkkarten im angrenzenden Bereich gelten. Dies ist jedoch schwierig in der Formulierung. Deshalb würde ich eine Textänderung annehmen. Wenn jemand sein Auto weit von seiner Wohnung abstellen will, dann handelt es sich sicher um einen unwahrscheinlichen Einzelfall. Deshalb halte ich auch die Argumente von Stadtrat Richard Wolff für gesucht. Wenn jemand aus Versehen knapp ausserhalb seines Kreises parkiert, dann erhält er oft eine Busse. Damit wird das Budgetziel der Ordnungsbussen erreicht. Ich finde es schade, dass kein Textänderungsantrag eingebracht wurde.*

Das Postulat wird mit 26 gegen 91 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2832. 2016/470**

**Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2016:**

**Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebiets**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Hans Jörg Käppeli (SP)** *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2578/2016): In diesem Vorstoss geht es um die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und um die Verflüssigung des motorisierten Individualverkehrs an der Wehntalerstrasse. Das Postulat für die Bushaltestelle Glaubtenstrasse haben wir bereits überwiesen. Die Zuständigkeit des Sicherheitsdepartements ist speziell. Ich hätte erwartet, dass das Postulat beim TED angesiedelt würde, da sich dort auch die Verkehrsplanung und die Führung für die erwarteten Busspuren befindet. Dieser Vorstoss betrifft nur einen Teilaspekt, man muss die Angelegenheit in einer Gesamtschau betrachten. Die Wehntalerstrasse ist ein Autobahnzubringer für den motorisierten Individualverkehr. Täglich kommt es zu Stau. Die negativen Auswirkungen müssen vom Quartier geschluckt werden. Die Buslinien 32, 61 und 62 sind das Rückgrat der Erschliessung von Affoltern durch den öffentlichen Verkehr. Diese Linien führen auch die Negativliste der am häufigsten verspäteten Linien des öffentlichen Verkehrs an. Busse fahren in der Hauptverkehrszeit im 6-Minutentakt, die Linie 32 fährt ganztägig mit Doppelgelenkbussen. Trotzdem sind die Busse überfüllt und immer wieder verspätet. Eine weitere Taktverdichtung ist nicht bezahlbar und auch nicht stabil betreibbar. Abhilfe würde nur ein Tram schaffen, darauf müssen wir aber noch mindestens zehn Jahre warten. Es braucht jetzt Massnahmen mit substanziellen Verbesserungen für die Buslinien. Wir wollen Affoltern nicht weiter warten lassen. Busspuren sind für sich alleine genommen nicht ausreichend. Wirkungsvolle Massnahmen an der Wehntalerstrasse bestehen daraus, Störungen zu eliminieren. Eine grosse Störquelle ist die Furttalstrasse und vor allem die Einmündung in die Wehntalerstrasse. Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone würde dort ohne grosse bauliche Massnahmen und ohne erhebliche Kosten grosse Verbesserungen mit sich bringen. Ich möchte betonen, dass eine Tempo-30-Zone kein Fahrverbot darstellt. Sie bietet aber Anreize zur Benutzung leistungsfähigerer Routen, also in diesem Fall der Wehntalerstrasse. Für die Furttalstrasse hätte dies eine positive Wirkung hinsichtlich der Lärmsituation. In einer Schriftlichen Anfrage zur Buslinie 32 hat sich der Stadtrat für die Überlandbuslinie 491 stark*

*gemacht. Das ist schwer zu verstehen. Auf der Linie verkehrt ein Standardbus im Halbstundentakt. Andererseits gibt es die Buslinie 32 im 6-Minutentakt mit Doppelgelenkbusen. Ein Bruchteil der Leute benutzt somit die Buslinie 491. Wenn nun die Linie 491 bevorzugt werden soll, dann handelt es sich um eine falsche Prioritätensetzung.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Es fällt mir schwer, in dieser Angelegenheit ablehnend aufzutreten. Grundsätzlich haben wir dieselben verkehrspolitischen Ziele. Es handelt sich um eine Grundsatzdebatte. Will man dort, wo öffentlicher Verkehr fährt, in Kauf nehmen, dass der öffentliche Verkehr langsamer und damit allenfalls auch teurer wird? Hier würde es mutmasslich zu keiner Verteuerung kommen, weil es tatsächlich nur um einen Halbstundentakt geht. Will man den öffentlichen Verkehr verlangsamen, um Tempo 30 durchsetzen? Derzeit vertreten wir die Überzeugung, dass wir den öffentlichen Verkehr nicht verlangsamen wollen. Dort, wo Tempo 30 somit zur Verlangsamung des öffentlichen Verkehrs führen würde, lehnen wir die Einführung von Tempo-30-Zonen ab. Andererseits gibt es einen formaljuristischen Grund für die Ablehnung dieses Postulats: zu dieser Strasse gibt es bereits ein laufendes Verfahren. Wir haben kein Tempo 30 eingeführt. Gegen diesen Nichtentscheid gibt es bereits einen Rekurs. Deshalb ist es nicht sinnvoll, das Postulat anzunehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stephan Iten (SVP):** *Der Name Hans Jörg Käppeli (SP) steht für die Verschandelung der Wehntalerstrasse. Dies betrifft unter anderem das ZüriBord an den Busstationen, das Tram Affoltern, die Verlängerung von Busstationen und durchgehende Busspuren. Überall, wo in Affoltern der motorisierte Individualverkehr behindert wird, steht der Name Hans Jörg Käppeli (SP) drauf. Jetzt geht es um die Furttalstrasse, die reguliert werden soll. Dort soll eine Tempo-30-Zone eingeführt werden. Dies wird damit begründet, dass Tempo 50 an der Furttalstrasse zu Verspätungen beim öffentlichen Verkehr führe. Das letzte Mal sagte Hans Jörg Käppeli (SP), der öffentliche Verkehr habe Verspätung, weil die Busstation an der Glaubtenstrasse zu kurz sei.*

**Christoph Marty (SVP):** *Vor einigen Jahren gab es eine eidgenössische Volksabstimmung zur Steigerung der Verkehrssicherheit durch Tempo-30-Zonen innerorts. Diese Vorlage wurde von 80 % der Stimmbürger abgelehnt. Es gibt keine rechtliche Grundlage für die Einführung von Tempo-30-Zonen aus politischen Gründen. Es ist klar, dass die SP von solchen Abstimmungsergebnissen nicht begeistert sein kann. Um ihre destruktive Verkehrspolitik mindestens in der Stadt durchsetzen zu können, wird versucht, die Verkehrsinfrastrukturen mit einer permanenten Salami taktik zu schädigen und zu zerstören. Heute ist die Furttalstrasse an der Reihe. Die Argumentation ist nicht stringent. Die mit diesem Postulat vorgebrachten Argumente sind haltlos. Es wird insinuiert, dass wegen des sich einspurenden Verkehrs an der Furttalstrasse kein störungsfreier Betrieb für die Buslinien möglich sei. Tatsache ist, dass die Einfahrt von der Furttalstrasse in die Wehntalerstrasse durch eine Ampelanlage geregelt wird, die als Pfortneranlage eingestellt wurde. Vor allem während der Hauptverkehrszeiten sorgt diese Ampelanlage für massive Wartezeiten bei den Fahrzeugen. Auch dadurch wird die politisch gewollte Bevorzugung des öffentlichen Individualverkehrs sichergestellt. Die Anordnung einer Tempo-30-Zone hat erwiesenermassen keinen Einfluss auf die Verkehrssituation an der Wehntalerstrasse. Es wird behauptet, die Furttalstrasse sei lediglich eine regionale Verbindungsstrasse. Tatsache ist, dass die Furttalstrasse das Furttal erschliesst. Dieses reicht bis nach Würenlos im Kanton Aargau. Die Verkehrsmenge in der Furttalstrasse soll mit der Einführung einer weiteren Tempo-30-Zone reduziert werden. Dies ist blauäugiges Wunschdenken. Dies ist den Postulanten klar. Hier geht es darum, den motorisierten*

*Individualverkehr weiter zu drangsalieren und abzuwürgen. Alle Arten von Verkehr haben in Affoltern massiv zugenommen. Dies liegt in der Natur der Sache. In Affoltern wurden in den letzten Jahren tausende Wohnungen neu realisiert. Auch im Furttal wird laufend gebaut. Jedes Jahr wandern in unser Land rund 80 000 Menschen ein. Dieses Bevölkerungswachstum bringt unsere Infrastrukturen an den Anschlag. Ein Abwürgen der bestehenden Infrastrukturen ist nicht sinnvoll.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ich muss mit Erstaunen auf das Votum von Stadtrat Richard Wolff eingehen. Er sagte, es würden keine Tempo-30-Zonen auf Achsen eingeführt, auf denen die VBZ verkehrt. Die Ausschreibung der Seebacherstrasse, auf der die Linie 40 im 15-Minuten-Takt fährt, ist noch nicht lange her. Hans Jörg Käppeli (SP) ist nicht der einzige Verkehrspolitiker, der sich in Affoltern für den öffentlichen Verkehr einsetzt. Der Quartierverein setzt sich seit Jahren am lautesten für ein Tram Affoltern ein. Der Anschluss vom Furttal an die Stadt ist die Wehntalerstrasse. Die Furttalstrasse ist eine Umfahrroute. Dies ist ein Grund, weshalb an der Furttalstrasse eine Tempo-30-Zone eingeführt werden sollte. Ein weiterer Grund ist die regional klassierte Veloroute, die bisher im Mischverkehr auf dem Trottoir geführt wird. Mit einer Tempo-30-Zone kann man das Velo auf die Strasse holen. Wir glauben, dass eine Tempo-30-Zone durchaus machbar ist.*

**Thomas Kleger (FDP):** *Hans Jörg Käppeli (SP) betrachtet das Postulat als Win-Win-Situation. Ich gehe davon aus, dass wir das Gegenteil erreichen. Es gibt durchaus Strassen oder Abschnitte in der Stadt, wo sich die Tempo-30-Zone lohnt. Dies betrifft Wohnquartiere, unübersichtliche Strassen oder Schulwege. Die Furttalstrasse ist eine gerade Strasse und sehr übersichtlich. Hier sollte eine Tempo-30-Zone kein Thema sein. Die Wehntalerstrasse würde dadurch zusätzlich belastet. Das Postulat ist nicht sinnvoll.*

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Wir werden diesen Vorstoss ablehnen. Bei der Shell-Tankstelle teilt sich die Hauptstrasse in die Furttalstrasse und Wehntalerstrasse. Die Furttalstrasse war während der Renovation der Wehntalerstrasse stark befahren. Seit letztem Herbst ist die neue Fortsetzung der Wehntalerstrasse in Betrieb. In der Furttalstrasse hat das Verkehrsaufkommen wieder abgenommen. Die Einführung von Tempo-30-Zonen auf Hauptstrassen ist sinnlos. Ich wohne im Holzerhurd zwischen der Furttal- und Wehntalerstrasse. Dort könnte man auf einer Quartierstrasse Tempo 30 einführen. Auf der Furttalstrasse fährt öffentlicher Verkehr und es handelt sich um eine Hauptstrasse. In Basel hat man eine Tempo-30-Zone auf einer Strasse eingeführt, auf der ein Tram fährt. Das Tram muss dort mit Tempo 30 fahren und es wird gelegentlich geblitzt. Wollen wir solche Verhältnisse auch in Zürich? An der Furttalstrasse wurde eine neue Siedlung gebaut. Es wurde aber auch ein Fussgängerstreifen mit Mittelinsel gebaut und es gibt eine Lichtsignalanlage. Der Fussgänger kann die Strasse sehr sicher überqueren.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Wir haben ein grundsätzliches Problem in dieser Stadt und sprechen aneinander vorbei. Die Wohngebäude befinden sich bei uns nicht in weiter Entfernung zu den Hauptstrassen. Das Grundproblem der Stadt ist, dass die Hauptachsen oft Wohnquartiere queren. Auf beiden Seiten der Hauptstrasse wird gewohnt. An der Furttalstrasse haben wir die Möglichkeit von Arealüberbauungen. Es wird dort massiv gebaut, es findet dort Stadtentwicklung statt. Man kann sich fragen, welche Art von Stadtentwicklung stattfindet. Stadtrat Richard Wolff betreibt hier das Gegenteil von Stadtentwicklung, wenn er die Einführung von Tempo-30-Zonen überall dort ablehnt, wo öffentliche Verkehrsmittel fahren. Die Stadt findet dort statt, wo sich die Menschen auf der Strasse begegnen können. Eine neu gebaute Genossenschaft an der Furttalstrasse baut Lärmschutzarchitektur. Auf der Strasse trifft sich niemand. Dies entspricht nicht meinem Bild von der Stadt. Neben der Lärmschutzarchitektur gibt es eine Lärmschutz-*

wand. Die Stadt wird abgeschafft, wenn man auf der Durchfahrtsfunktion der Hauptstrassen beharrt. Ich appelliere an den Stadtrat, sich diesbezüglich Gedanken zu machen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Ich hätte mir vorstellen können, dass die Polizei dort Ordnungsbussen einnehmen will. Der Stadtrat lehnt das Postulat vordergründig ab. Dies könnte Taktik sein. Anders sieht es aus, wenn Markus Knauss (Grüne) dafür plädiert, dort eine Tempo-30-Zone einzurichten, weil die Furttalstrasse durch ein Wohnquartier führt. Dann könnte man auch einen Vorstoss einreichen, damit Wohnquartiere nicht mehr bei Hauptstrasse gebaut werden. Dasselbe Problem haben wir auch beim Fluglärm. Tempo 30 an der Furttalstrasse ist absurd. Wenn Sven Sobernheim (GLP) die Velos auf die Strasse holen will, dann ist das fragwürdig. Die Velos werden schneller als 30 Stundenkilometer fahren und sie werden geblitzt.

**Andreas Egli (FDP):** Es freut mich, dass Stadtrat Richard Wolff die Position der FDP im Zusammenhang mit Durchgangsachsen, die vom öffentlichen Verkehr genutzt werden, teilt. Der Verkehr soll nicht verlangsamt werden, wenn auf den Strecken Busse und Trams fahren. Allerdings habe ich auch schon enthusiastischere und besser formulierte Begründungen als diesen Ablehnungsantrag gehört. Bei der Begründung zum Postulat wird geltend gemacht, die Wehntalerstrasse befinde sich am Anschlag. Deshalb soll der Verkehr auf der Furttalstrasse diskriminiert werden, damit der motorisierte Individualverkehr einen Umweg über die Wehntalerstrasse fährt. Nachvollziehbar ist das nicht, das ist nur eine Ausrede. Die Einführung der Tempo-30-Zone auf der kurzen Strecke der Furttalstrasse wird kaum einen Autofahrer davon abhalten, die Strecke zu fahren. Schlimmstenfalls wird es zu grossem Umwegverkehr kommen. Wenn Markus Knauss (Grüne) auf dieser Strecke eine Begegnungszone verlangt, dann kann ich versichern, dass die Strasse bereits jetzt eine Begegnungszone ist. Die Autos begegnen sich dort mit dem Blitzkasten. Es kann die Hoffnung bestehen, dass die Einführung der Tempo-30-Zone zu einer Erhöhung der Busseneinnahmen führen wird.

Das Postulat wird mit 67 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2833. 2017/88

#### **Interpellation der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion vom 05.04.2017: Ehemalige Mieterinnen und Mieter in den «Gammelhäusern», Angaben zu den Personen, dem Aufenthaltsstatus, zu den Mieten und zur Höhe der ausgerichteten Sozialhilfe sowie zu deren Wohnsituation nach der Räumung**

Von der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion ist am 5. April 2017 folgende Interpellation eingereicht worden:

Unter dem Begriff „Gammelhäuser“ wurde in der Stadt Zürich einer breiten Öffentlichkeit bekannt, dass es am untersten Ende unserer Gesellschaft Mieter gibt, die gezielt ausgenutzt werden und unter erbärmlichen Umständen leben müssen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Rolle dabei die Unterstützung der Stadt spielt und inwiefern diese das fördert:

1. Wie viele Personen haben vor Beginn der Räumung der „Gammelhäuser“ dort gewohnt?
2. Wie viele Personen davon waren Schweizer und wieviele waren Ausländer (gegliedert nach Aufenthaltsstatus)?
3. Wie viele Personen wurden durch die Sozialen Dienste unterstützt?
4. Wie hoch war die monatliche Sozialhilfe, die gesamthaft an Personen in den Gammelhäusern geleistet wurde?
5. Wie hoch waren vor der Räumung die Mieten angesetzt (höchste Miete, tiefste Miete und Durchschnitt)? Wie hoch waren die gesamten monatlichen Mieterträge?
6. Wie viele Personen waren den letzten 5 Jahren in den Gammelhäusern gemeldet? Wie viele von diesen wurden durch die Sozialen Dienste unterstützt?
7. Es heisst, dass nach der Räumung alle Personen, die in den Gammelhäusern wohnten, eine neue Unterkunft fanden. Wie viele Personen kamen in einer städtischen Wohnung, einer Wohnung einer Genossenschaft oder einer gemeinnützigen Stiftung unter?
8. Werden die damals in den Gammelhäusern wohnenden Personen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber ihrem ehemaligen Vermieter unterstützt? Wenn ja, wie? Und welche städtischen Dienststellen waren daran beteiligt?
9. Wäre es in einem System der sog. „Objekthilfe“ auch zu so prekären Umständen gekommen?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Interpellation wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

### 2834. 2017/89

#### **Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 05.04.2017: Unterbringung von Asylbewerbenden in der Messehalle 9 in Oerlikon, Regelungen und Durchsetzung der Hausordnung, Art der finanziellen und materiellen Unter- stützung sowie negative Feststellungen und Vorfälle rund um den Marktplatz**

Von Martin Götzl (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) ist am 5. April 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit Januar 2016 leben rund 250 Asylbewerber/-innen in der Messehalle 9 in Oerlikon. Im Vorfeld der Eröffnung der Messehalle 9 als Asylunterkunft wurden vom AOZ Informationsveranstaltungen für die Medien und



interessierte Anwohner/-innen durchgeführt. In diesen Veranstaltungen informierte die AOZ, dass diese Unterkunft insbesondere für Familien und Kinder aus den Kriegsgebieten von Syrien, Afghanistan und auch für einige Asylbewerber aus Eritrea benötigt und benutzt werde. In der Zwischenzeit waren sowohl vom Stadtrat und auch medial einige Berichte zu vernehmen, die auf einen reibungsarmen Betrieb der Messehalle 9 deuten lassen. Über allfällige unerwünschte Erscheinungen ist und war offiziell und medial wenig zu vernehmen.

Hinweise aus der Bevölkerung vermelden jedoch auch Besorgnis und Gründe zum Unverständnis und Ärger. Die aktuellen und zunehmenden Hinweise berichten insbesondere über junge Eritreer, welche in den Abendstunden und insbesondere auf dem Marktplatz auffallen. Vermehrt sind dort grössere Gruppen anzutreffen, die mit beträchtlichen und verschiedenen Alkoholgetränken ihre Zeit verbringen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie viele Asylbewerber/-innen bewohnten per 31. März 2017 die Messehalle 9? Bitte um detaillierte Auflistung nach Herkunftsland, Alter und Geschlecht.
2. Welche internen Regeln des Zusammenlebens werden den Bewohner/-innen der Messehalle 9 mitgeteilt? Welche Regeln gelten für die Nachtstunden? Mit welchen Verbindlichkeiten und mit welchen möglichen Konsequenzen bei einer Nichteinhaltung sind diese verbunden?
3. Wie sind die Ein- und Austrittskontrollen in der Messehalle 9 organisiert? Wer führt diese durch? Wie wird sichergestellt, dass sich alle Bewohner an die Regeln halten? Welche Konsequenzen entstehen bei Nichteinhaltung der Zimmerstunde bzw. Nicht-Rückkehr in die Unterkunft über Nacht?
4. Ist jederzeit gewährleistet, dass sich in der Messehalle 9 nur berechnete Personen aufhalten? Wenn ja, wie wird dies sichergestellt? Bitte um eine detaillierte Auflistung der Massnahmen.
5. Welche Geldbeträge erhalten die Asylbewerber/-innen von der AOZ und in welcher Form ausbezahlt (Barauszahlung, Kreditkarte, Bon etc.)? In welcher Kadenz werden die Beträge ausbezahlt (täglich, wöchentlich, monatlich)? Nach welchen gesetzlichen Richtlinien richten sich diese aus?
6. Gibt es auch Leistungen welche nicht finanziell, sondern materiell geleistet werden? Wenn ja, welche?
7. Wenn Frage 6 mit nein beantwortet wurde, wie schätzt der Stadtrat eine materielle anstelle einer finanziellen Abgabe ein?
8. Wie ist die Einschätzung vom Stadtrat bezüglich längeren Gruppenaufenthalten von Asylbewerbern mit Alkoholkonsum auf dem Marktplatz, sowohl in den Abend- als auch in den Nachtstunden?
9. Welche Massnahmen sind aus Sicht der Prävention im Zusammenhang mit übermässigem Alkohol- und Drogenkonsum der Asylbewerber sowie im Zusammenhang mit Straftaten ergriffen worden? Bitte um eine detaillierte Auflistung.
10. Wurden Rayonverbote auf den Marktplatz durch die Stadtpolizei Zürich aufgrund von Nichteinhaltung der öffentlichen Ordnung durch Asylbewerber ausgesprochen? Wenn ja, wie viele?
11. Werden Patrouillen auf den Marktplatz in Oerlikon, um die Messehalle 9 und anderen exponierten Stellen im Auftrag der AOZ, zum Beispiel durch die SIP, durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Resultat? Wenn nein, warum nicht?
12. Wie ist die Einschätzung des Stadtrats bezüglich grösseren Gruppen, welche mehrere Stunden und beobachtend u. a. im Einkaufszentrum Neumarkt verweilen?
13. Welche unerwünschten Vorfälle ereigneten sich seit 1. Januar 2016 in der Messehalle 9? Wie viele Polizeieinsätze waren in der Messehalle 9 deswegen erforderlich? Bitte um detaillierte Auflistung nach der Ursache.
14. Wie viele Klagen aus der Bevölkerung sind seit 1. Januar 2016 bei der Polizei eingegangen? Bitte um detaillierte Auflistung nach Datum und Beanstandung.
15. Wurden Delikte im Zusammenhang mit Drogen registriert? Wenn ja, welche und wie viele?
16. Wurden Delikte im Zusammenhang mit Diebstahl registriert? Wenn ja, welche und wie viele?
17. Wurden Delikte im Zusammenhang mit sexueller Belästigung registriert? Wenn ja, welche und wie viele?
18. Wurden Delikte im Zusammenhang mit körperlicher Gewalt registriert? Wenn ja, welcher Art und wie viele?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**2835. 2016/304**

**Weisung vom 14.09.2016:  
Stadtspital Waid, Operationsabteilung, Instandsetzung und Erweiterungsbau,  
Projektierungskredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 8. Februar 2017 ist am 16. März 2017 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. April 2017.

**2836. 2016/374**

**Weisung vom 02.11.2016:  
Pflegezentren der Stadt Zürich, Pflegewohngruppen, Schaffung von zwei Pflege-  
wohngruppen Brunnenpark für an Demenz erkrankte, mobile Menschen, Objekt-  
kredit und Mietvertrag**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 8. Februar 2017 ist am 16. März 2017 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. April 2017.

Nächste Sitzung: 12. April 2017, 17 Uhr.